

Panorama v. 01.08.2019

Fluchtursachen: Wie Europa den Bürgerkrieg in Libyen schürt

Anmoderation

Anja Reschke:

Es hat keinen Zweck, das weiter schön zu reden. Die nackte Wahrheit ist: Europa will diese Flüchtlinge nicht haben. Das ist seit Jahren offensichtlich. Abgesehen von dem unwürdigen Spektakel, das sich auf jedem EU-Gipfel abspielt, wenn es um die Verteilung der Flüchtlinge geht, kann man es daran sehen, welcher Entrüstungssturm sich jedes Mal erhebt, wenn private Seenotretter ein paar arme Seelen aus dem Meer fischen und versuchen, sie an Land zu bringen. Man will sie nicht. Wenn man aber Flüchtlinge nicht haben will, muss man etwas dafür tun, dass sie nicht kommen. Das Patentrezept heißt seit Jahren - (es werden mehrere PolitikerInnen eingeblendet, die alle diesen Satz sagen): „Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen.“ Das klingt zwar gut, lässt sich aber in Kriegs- oder Krisenländern wie etwa Eritrea oder Somalia mitnichten so leicht umsetzen. Also müsste man konsequenterweise wenigstens dafür sorgen, dass die Flüchtlinge, die am letzten Posten vor Europa stranden, Libyen nämlich, nicht weiterziehen, sondern dort bleiben können. Aber nicht mal das kriegt Europa hin. Im Gegenteil, durch widerstreitende Interessenpolitik heizt man die Situation noch an und schafft neue Fluchtursachen. Stefan Buchen

Diese Migranten sind in Libyen in See gestochen. Sie haben Glück, denn sie werden gerettet von der Sea-Watch 3. Panorama zeigte die Geschichte vor drei Wochen.

Europa will die Migranten nicht, will sie stoppen durch Zusammenarbeit mit Libyen. Man müsse die Fluchtursachen bekämpfen, sagen die Europäer. Libyen müsse ein stabiler Staat werden. Davon ist das Land weit entfernt. Es herrscht Bürgerkrieg. Das sind aktuelle Bilder. Der Krieg betrifft neuerdings auch direkt die Migranten. Hier war ein Flüchtlingslager. Anfang Juli wurde es aus der Luft bombardiert. 50 Flüchtlinge starben. Kann man Menschen hierhin zurückschicken? Zu Folter und Vergewaltigung kommt jetzt also eine weitere Gefahr hinzu: direkte Kriegseinwirkung. Noch ein Grund zur schnellen Flucht weiter nach Europa.

Sigmar Gabriel, 2017 als Außenminister in Libyen beim Besuch eines Flüchtlingslagers. Seit damals herrschen dort Elend und Chaos.

O-Ton

Sigmar Gabriel, ehem. Bundesaußenminister, SPD:

„Das alles geht, weil es keine staatliche Gewalt gibt, weil die sich miteinander im Krieg befinden. Und natürlich müsste unser europäisches Interesse sein, zu so was wie zu einer nationalen Regierung der Einheit zu kommen, staatliche Gewaltausübung, das Gewaltmonopol in Libyen zumindest partiell durchzusetzen.“

Aber ein Gewaltmonopol gibt es nicht in Libyen. Das Land ist gespalten. Die Hauptstadt Tripolis und umliegende Gegenden werden von Ministerpräsident Sarradsch kontrolliert, sein Gegenspieler der Rebellenchef General Haftar. Der Ministerpräsident ist international anerkannt, auch von deutschen Politikern, die ihn seit Jahren in Tripolis besuchen. Deutschland will, dass Sarradsch die Kontrolle über ganz Libyen gewinnt.

O-Ton

Frank-Walter Steinmeier, 16.04.2016, ehem. Bundesaußenminister, SPD:

„Diese Regierung ist zunächst in Tripolis. Und wir müssen dafür sorgen, dass sie ihren Wirkungsbereich, ihre Autorität über die Hauptstadt hinweg ausbreitet. Und deshalb darf sie in der

gegenwärtigen Situation auch noch nicht überfordert werden. Wir müssen sie unterstützen, und das muss im Augenblick das Hauptziel sein.“

Panorama: „Ist das gelungen?“

O-Ton

Sigmar Gabriel, ehem. Bundesaußenminister, SPD:

„Nein, es ist nicht gelungen. Die Wahrheit ist natürlich, dass der Sarradsch nicht viel mehr ist „als ein Bürgermeister von Tripolis“, weil er eben nicht sehr viel regionalen Einfluss hat.“

Den größten Teil des Landes beherrscht hingegen General Haftar, der den von Deutschland unterstützten Ministerpräsidenten vertreiben will. Von seiner Machtbasis im Osten aus will der Rebellen-General das gesamte Land erobern.

O-Ton

Loay Mudhoon, Nahost-Experte Deutsche Welle:

„Haftar will die ganze Macht in Libyen. Politik, wie wir sie im Westen kennen, durch Aushandlungsprozesse, Partizipation, legitimiert durch einen Souverän. Ich glaube, das sind alles Begriffe, die ihm völlig fremd sind.“

Panorama: „Er will die Macht für sich alleine?“

O-Ton

Loay Mudhoon, Nahost-Experte Deutsche Welle:

„Alleine, klar. Ich glaube, er versteht nur die Sprache der Gewalt.“

Diese Sprache lässt General Haftar seine Rebellentruppe ausgiebig sprechen. Die Folge Tod und Elend unter Zivilisten. Doch das schreckt offenbar einen prominenten Förderer des Generals wenig ab. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Er empfängt den General in Paris. Sein Motiv ist nicht ganz klar. Vielleicht der Schutz für französische Ölfirmen in Libyen?

O-Ton

Sigmar Gabriel, ehem. Bundesaußenminister, SPD:

„General Haftar wird diesen Empfang im Elysée-Palast in Paris sozusagen als Anerkennung seiner Forderungen und seiner Position in Libyen eingeschätzt haben. Der wird sich dort behandelt gefühlt haben, wie ein Staatspräsident. Und das ist natürlich das falsche Signal.“

Wir fragen die französische Regierung nach ihrem Verhältnis mit Haftar. Darauf schreibt uns das Außenministerium: man sei für eine politische Lösung. Frankreichs Prioritäten lägen in der nachhaltigen Stabilisierung Libyens.

O-Ton

Loay Mudhoon, Nahost-Experte Deutsche Welle:

„Dass die Franzosen das sagen, das drückt das Elend der französischen Politik aus, weil das ist wirklich eine Form von Heuchelei und von teilweise Zynismus, der kaum zu überbieten ist. Es ist eine Interessenpolitik um jeden Preis.“

O-Ton

Sigmar Gabriel, ehem. Bundesaußenminister, SPD:

„Frankreich unterstützt offiziell auch die Regierung in Tripolis. Tatsächlich allerdings General Haftar, der gerade versucht, in einem Krieg Tripolis zu erobern.“

Und nun häufen sich die Hinweise, dass Haftar von Frankreich auch militärisch unterstützt wird.

Im Juni fanden Regierungssoldaten diese Waffen an einem Haftar-Stützpunkt. Hochmoderne Panzerabwehrraketen vom Typ Javelin. Ein amerikanisches Produkt. Hat die US-Regierung die Raketen an Frankreich verkauft und werden sie jetzt im Libyen-Krieg eingesetzt? Im Kongress in Washington wird man hellhörig. Die Senatoren befragen einen Beamten des State Department, zuständig für Waffenexporte.

O-Ton

R. Clarke Cooper, State Department, USA:

„Ich kann hier offen sagen, die in Libyen gefundenen Javelin-Raketen gehören Frankreich.“

O-Ton

Loay Mudhoon, Nahost-Experte Deutsche Welle:

„Die Aussage belastet die Franzosen insofern, als die Amerikaner damit im Grunde bestätigen, dass die Waffen im Besitz der Franzosen waren. Frankreich unterstützt Haftar unverblümt und geht dabei ein hohes Risiko ein.“

Das französische Verteidigungsministerium muss zugeben: ja, die Javelin-Raketen gehören den französischen Streitkräften. Sie seien aber unbrauchbar. In Libyen hätten sie dem Eigenschutz einer französischen Spezialeinheit gedient, die im Einsatz war gegen den Terrorismus. Politische Stabilität in Libyen ist das erklärte Ziel der Europäer. Faktisch unterstützen Europas wichtigste Staaten gegnerische Kriegsparteien.

Die Franzosen den General, die Deutschen den Ministerpräsidenten.

O-Ton

Sigmar Gabriel, ehem. Bundesaußenminister, SPD:

„Wenn Europa dann mit unterschiedlichen Positionen dort auftritt, und Bürgerkriegsparteien mit Waffen oder mit politischer Unterstützung versorgt, dann macht es sich mitschuldig an diesem Krieg. Das verlängert diesen Bürgerkrieg. Ich meine, wir sind als Europäer sicher nicht in der Lage, aus eigener Kraft heraus das zu stoppen. Aber das bisschen, was wir tun könnten, tun wir nicht, im Gegenteil. Wir beteiligen uns an unterschiedlichen Stellen an diesem Krieg, aus, sagen wir mal, wirtschaftlichem Eigennutz und aus machtpolitischen Gründen. Und das ist etwas, was man als Europäer, wenn man es mit den Werten, die wir immer so hochhalten, ernst meint, nicht tun darf.“

Das Auswärtige Amt teilt auf Anfrage mit, den EU- Mitgliedstaaten sei bewusst, dass Libyen stabilisiert werden müsse. Die Migranten kommen weiter von Libyen über das Mittelmeer. Ihre Flucht treiben die Europäer mit an, indem sie neue Ursachen dafür schaffen.

Panorama: „Die Europäer sagen, wir wollen weniger Flüchtlinge in Deutschland.

O-Ton

Loay Mudhoon, Nahost-Experte Deutsche Welle:

„Ja.“

Panorama: „...alle Regierungen sagen das. Durch die Politik gegenüber Libyen – erreicht man dieses Ziel dadurch?“

O-Ton

Loay Mudhoon:

„Nein. Durch die Intensivierung der Kämpfe aktuell, ist davon auszugehen, dass mehr Menschen mehr Risiken eingehen, um nach Europa zu kommen.“

O-Ton

Sigmar Gabriel, ehem. Bundesaußenminister, SPD:

„Dann sagen wir unserer eigenen Bevölkerung: wir möchten nicht so viel Migration haben. Wir schaffen aber die Voraussetzung dafür, dass der Migrationsdruck größer wird. Ich meine, wir streiten hier über die Frage, ob wir Schiffe anlanden lassen. Die Wahrheit ist, wenn wir dort nicht den Bürgerkrieg bekämpfen, wird auch niemand... bitte die Vorstellung, wir würden Leute zurückbringen können(!), ja, wohin eigentlich? Wieder zurück in die Konzentrationslager oder wieder in die Finger derjenigen, die da Krieg führen? Europa macht dort einen fürchterlichen Eindruck und ist auch doppelzünftig. Also schlimmer kann man´s eigentlich nicht machen.“

Bericht: Stefan Buchen

Kamera: Hubert Schick, Matthias Ruuck

Schnitt: Rouven Schröder, Kay Ehrich, Stephan Sautter

Abmoderation

Anja Reschke:

Wir haben ja am Anfang der Sendung gefragt, ob man angesichts des Klimawandels auf Kreuzfahrten verzichten sollte, auch bei den Tagesthemen geht es um den Klimaschutz. Dazu gibt es einen neuen Deutschlandtrend. Pinar, was sind die Menschen hierzulande bereit zu tun?